

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzügl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Anm. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengefühe 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 203

Halver, Donnerstag, den 31. August

1950

Der Bundesfinanzminister teilt mit:

Befakungskosten eine halbe Milliarde höher

1950/51: 5144 Millionen DM — Aufwendungen „im deutschen Interesse“

dl. Bonn, 30. August

Die Annahme, daß die Besatzungskosten im laufenden Jahr gesenkt worden seien, trifft nach Mitteilungen aus dem Bundesfinanzministerium nicht zu. Im Gegenteil werden die Besatzungskosten im Finanzjahr 1950/51 sogar 5144 Millionen DM betragen, also noch rund eine halbe Milliarde DM mehr als im vergangenen Jahr, wenn alle von den Besatzungsbehörden vorgesehenen Ausgaben noch in diesem Haushaltsjahr bestritten werden müssen.

Bundesfinanzminister Schäffer hofft jedoch, wenigstens einen Teilbetrag von etwa 450 Millionen DM erst im nächsten Haushaltsjahr bezahlen zu können, so daß tatsächlich 4,6 Milliarden DM bis zum 1. April nächsten Jahres aufzuwenden sind. Die Gesamtsumme von 5144 Millionen DM setzt sich zusammen aus rund 4 Milliarden DM Kosten des Besatzungshaushaltes, 850 Millionen DM restlichen Besatzungskosten aus dem Vorjahr, 150 Mill. DM sonstigen, durch die Besatzung bedingten Kriegsfolgenlasten und etwa 95 bis 100 Millionen DM Arbeitgeberanteilen an der Sozialversicherung. Darüber hinaus muß mit weiteren Anforderungen gerechnet werden, die der britische und der amerikanische Hohe Kommissar angekündigt haben. Bekanntlich ist es dem Bundesfinanzminister bisher nicht gelungen, auch für die Besatzungskosten das deutsche Haushaltsrecht einzuführen, so daß die Möglichkeit von Einsparungen minimal ist.

Die Bundesregierung hat bisher in zahllosen Besprechungen mit den Hohen Kommissaren auf die untragbare Höhe der Besatzungskosten hingewiesen, jedoch bisher keinen Erfolg erzielen können. Es wird von alliierter Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bereits um „reduzierte Beträge“ handle, die „auch im deutschen Interesse“ aufgebracht werden müßten. Trotz der bisher unnachgiebigen Haltung der Hohen Kommissare hat die Bundesregierung doch die Hoffnung, daß bei der Revision des Besatzungsstatutes zumindest ein großer Teil der Aufwendungen für die alliierte Zivilverwaltung in Höhe von rund 1½ Milliarden DM eingespart werden können. „Welchen Wert“, so meinte eine hochgestellte Persönlichkeit im Bundeskanzleramt, „soll denn sonst eine deutsche Souveränität haben, wenn neben den deutschen staatlichen Stellen noch ein kostspieliger alliierter Verwaltungsapparat besteht, der genau die gleichen Aufgaben zu erfüllen hat, die einer souveränen deutschen Regierung übertragen werden sollen?“

Veränderungen in Washington?

dmt. Basel, 30. August

Im Zusammenhang mit den jüngsten Eigenmächtigkeiten General McArthur und des Marineminister Matthews, erwarten Schweizer Zeitungskorrespondenten in Washington weitgehende Umbesetzungen im Kreise der Berater

Präsident Trumans. Es sei nicht zweifelhaft, so schreibt die „National-Zeitung“ daß nur eine entschlossene Neubesetzung in den obersten Verwaltungsposten bei Präsidenten vor einer Niederlage bei den bevorstehenden Kongresswahlen bewahren könnte. Die republikanische

Partei, so schreibt das Blatt, richte ihre ganze Wahlpropaganda gegen den Außenminister Acheson, während Kriegsminister Johnsen weitgehend geschont werde. Weiter schreibt das Blatt: „Truman steht somit allem Anschein nach vor der Wahl, sich, wenn er Ballast abwerfen will, entweder aus Rücksicht auf die geschäftstüchtigen Elemente seiner Partei seiner bedeutendsten, wenn auch unpopulärsten Mitarbeiter zu berauben, oder aber durch Ausschaltung der opportunistischen Parteigänger für eine klare Gesinnungspolitik das Vertrauen der Wählerschaft anzurufen.“

Deutschlandfragen an erster Stelle

Diplomatischer Hochbetrieb vor der New Yorker Konferenz

dmt. London, 30. August

Die bevorstehende Außenministerkonferenz in New York hat in London eine Atmosphäre diplomatischer Aktivität entstehen lassen, die in zahlreichen wichtigen Besprechungen ihren Niederschlag findet. Premierminister Attlee ist am Mittwochmorgen von einem schottischen Urlaubsaufenthalt zurückgekommen und hatte noch am gleichen Tage eine Besprechung mit Außenminister Bevin, bei der die Beschlüsse des Exekutivausschusses der Atlantikpaktstaaten erörtert sein sollen.

Am gleichen Tage traf aus Amsterdam der australische Außenminister Percy Spender ein, der für Freitag bei Bevin angemeldet ist und während seines Londoner Aufenthaltes eine Reihe führender Persönlichkeiten besuchen will. Ueber die Absicht seines Besuches werden von amtlichen Stellen nur allgemeine — um nicht zu sagen nichtssagende — Auskünfte gegeben.

Auch der amerikanische Oberkommissar Mc Cloy traf am Mittwoch, von Frankfurt kommend, in London ein, von wo aus er zusammen mit Botschafter Douglas nach New York weiterfliegen will, um dort als Deutschlandsachverständiger bei den Vorbesprechungen zur Außenministerkonferenz mitzuwirken.

Was die Themen der bevorstehenden Konferenz anbelangt, so ist eins sicher: Deutschlandfragen werden an erster Stelle stehen, vor allem die Frage der Westdeutschland zu gewährenden Souveränität, die bereits in den Beratungen des Londoner Studienausschusses zur Revision des Besatzungsstatutes eine Rolle gespielt haben. Daß nach der Konferenz der Kriegszustand mit Deutschland beendet wird, sehen politische Kreise als sicher an. Gesprochen werden dürfte auch über den Plan, die Stahlquote von der gegenwärtigen Höhe (11,1 Millionen Tonnen im Jahr) auf 14 bis 15 Millionen Tonnen zu erhöhen.

Als weitere Programmpunkte werden genannt: Uebertragung der Dekartellisierung auf die Bundesregierung, Erleichterungen für die deutsche Werftindustrie beim Schiffsbau für Exportzwecke, der Komplex der westdeutschen Sicherheit, der Anteil der Bundesrepublik an der Verteidigung Westeuropas sowie die Verstärkung der britischen und amerikanischen Besatzungstruppen in Westdeutschland.

Die Dreimächtestudiengruppe zur Revision des Besatzungsstatuts trat vor der Abreise des amerikanischen Botschafters noch zu einer Vollversammlung zusammen. Wie aus der Gruppe verlautet, stößt die Uebertragung außenpolitischer Vollmachten auf die Bundesregierung noch auf Widerstände, obwohl sie „im Prinzip“ beschlossen ist. Wie es scheint, sollen gewisse Gebiete der auswärtigen Politik von dieser Regelung ausgenommen werden und eine letzte Entscheidung in jedem Falle bei den Besatzungsmächten bleiben. Auch über die Art der deutschen Auslandsvertretungen scheint noch keine Einigkeit zu bestehen.

Noch keine Revision?

dmt. London, 30. August

Politische sehr gut informierte Kreise Londons glauben jetzt allgemein, daß die New Yorker Konferenz nicht über die Revision des Besatzungsstatuts verhandeln wird. Die tatsächliche Revision dürfte erst später unter Fühlungnahme mit Behörden der Bundesrepublik erfolgen.

Bonn wurde nicht informiert

Ueber den Stand der Revisionsverhandlungen

dl. Bonn, 30. August

In Bonn wird ausdrücklich dementiert, daß der deutsche Generalkonsul in New York, Krekeler, in irgendeiner Form zu den Be-

Eine Chance für die Demokratie

Zur Regierungsbildung in Schleswig-Holstein

Die Einigung, die jetzt in Schleswig-Holstein zwischen dem BHE als Vertretung der Vertriebenen und Entrechteten und dem „bürgerlichen“ Wahlblock erfolgt ist, dürfte weit über die Grenzen dieses Landes hinaus von Bedeutung sein. Ist es doch das erste Mal, daß die Flüchtlinge innerhalb einer Landesregierung einen bestimmten Teil voller politischer Verantwortung übernehmen.

Es ist sicherlich richtig, daß die großen politischen Entscheidungen, besonders in finanzieller Hinsicht, die für das Leben und die Zukunft der Vertriebenen von wesentlicher Bedeutung sind, in Bonn getroffen werden. Insofern dürfen die Hoffnungen, die vielleicht von mancher Flüchtlingsseite an die neue Regierung in Kiel geknüpft werden, nicht überspannt werden. Andererseits jedoch kann der BHE einen Sofort-Erfolg für sich buchen, indem seine Bedingungen von kommunalen Neuwahlen vom Wahlblock akzeptiert worden ist. Damit eröffnet sich ihm die Aussicht, auch in den Gemeindeparlamenten mit jener Stärke vertreten sein, die der neuen sozialen Struktur des Landes entspricht. Es wäre nämlich höchst irrig zu meinen, daß die Vertriebenen-Probleme nur von Bonn aus zu lösen seien. Im Gegenteil, ein großer Teil der Alltagsnöte der Flüchtlinge läßt sich überhaupt nur auf gemeindlicher Basis lindern.

Die wirkliche Bedeutung der neuen Regierungsbildung liegt aber vielleicht auf politisch-moralischer Ebene. Die Parlamente der westdeutschen Bundesrepublik erfreuen sich unter den beiden Volksmassen nicht immer des besten Rufes, insbesondere gelten sie angesichts der Not des deutschen Volkes nicht als zur Durchsetzung äußerster Sparsamkeit entschlossene Gremien und oft eben deshalb nicht als echte Volksvertretung. Die Bonner Verschwörungssucht, die Kieler Möwenhaus-Affäre, die Straßburger Reisespesen, die Vergnügungsreise des hessischen Kabinetts an den „Lago di Bonzo“ genannten Tegetensee sind Erscheinungen, die bitterste Kritik ausgelöst haben und die Demokratie schwerer schädigen als es die Abgeordneten selbst wahr haben wollen. Wenn jetzt die Heimatvertriebenen in genügender Stärke im Parlament vertreten sind, so dürfen gerade ihre Abgeordneten mit dem „Mann auf der Straße“ genug Kontakt haben, um einen demokratischen Stil der absoluten Sauberkeit und Sparsamkeit zu entwickeln, der als Vorbild wirken und der Demokratie in Deutschland eine neue echte Chance bieten könnte. G. A.

sprechungen der Alliierten Außenminister hinzugezogen werden soll. Indessen bedauert man in Bonn, daß die Bundesrepublik über die Londoner Verhandlungen zur Revision des Besatzungsstatuts nicht ausreichend informiert wurde. Man weiß selbst heute, zwei Wochen vor Beginn der Außenministerkonferenz, noch nicht einmal, ob die dringenden deutschen Vorstellungen in dem Gutachten der Londoner Studienkommissionen berücksichtigt worden sind.

Exporte nach Osteuropa festgehalten

Verbot des Handels mit strategisch wichtigen Waren möglich

dmt. Frankfurt, 30. August

Amerikanische Stellen haben an der Zonen-grenze in den letzten Tagen strategische Güter zurückgewiesen, die in Ostblockstaaten ausgeführt werden sollten. Wie ein Sprecher mitteilt, plant die Hohe Kommission ein Verbot für den Handel mit strategisch wichtigen Waren zwischen der Bundesrepublik und den östlichen Ländern. Als strategische Waren werden alle Waren angesehen, die zur Kriegsvorbereitung oder Ausrüstung dienen könnten, wie z. B. Stahl, Stahlbearbeitungsmaschinen und Stahlwaren.

Kriegswichtige Exportgüter

Handelsministerium gegen Foreign Office

dmt. London, 30. August

Nachdem Churchill die Frage des rüstungswichtigen britischen Exportes nach der Sowjetunion an die große Glocke gehängt hat, ist die britische Öffentlichkeit hellhörig geworden, und die Labour-Regierung steht nun vor der Notwendigkeit, zu diesem Problem Stellung zu nehmen und eine bindende Entscheidung zu fällen. Das britische Handelsministerium verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß die Handelskontrakte die britische Firmen — in Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen — mit der Sowjetunion abgeschlossen haben, in vielen Fällen noch nicht erfüllt sind, daß die Sowjets aber ihrerseits die Gegenlieferungen schon ausgeführt haben. Wie verlautet, bemüht sich das Foreign Office darum, den Export kriegswichtigen Materials nach Möglichkeit zu drosseln.

Das Direktorium der britischen Werkzeugmaschinenfabrik „Craven Brothers“, die Werkzeug-

maschinen für die Sowjetunion herstellt, forderte die Einstellung aller derartigen Exporte, „bis wir sicher sein können, daß die Kriegseinfuhr für Europa völlig beseitigt ist“. Der Präsident des Unternehmens gab bekannt, daß der Sowjetunion bis zum Jahresende Werkzeugmaschinen für mehr als hunderttausend Pfund Sterling (fast 1,2 Millionen DM) liefern müsse, wenn die Regierung die bestehenden Kontrakte nicht aufhebe.

Die einjährige Anstrengungen des Carabinieri-Corps in Stärke von 1500 Mann unter Führung des Obersten Luca haben bekanntlich den sizilianischen Räuber Giuliano zur Strecke gebracht. Sie haben das Selbstbewußtsein der Italiener außerordentlich gestärkt, der Innenminister klangte deshalb, als es passiert war, morgens um 6 Uhr de Casperi aus dem Bett und Luca wurde gleich General.

Allerdings bröckeln die Lorbeeren etwas ab, denn man vernimmt, daß der Räuber nicht in offener Schlacht, sondern durch Verrat eines seiner Komplizen in Castelvetrano dem Tod in die Arme lief. Wie dem aber auch sei, in Rom zog man inzwischen Bilanz und stellte fest, daß der sizilianische Räuber dem italienischen Staat 2 Milliarden Lire gekostet habe. Ein bißchen viel.

Nun hat Luca ein kluges Wort gesprochen, dessentwegen er wirklich befördert werden müßte:

„Tun wir so, als ob der Bandit Giuliano

Luca muß befördert werden

nicht eliminiert worden wäre, und fahren wir fort, alljährlich 2 Milliarden Lire für Sizilien auszugeben. Doch bauen wir nun mit diesem Gelde Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Wasserleitungen, anständige Wohnungen für die Bauern und Arbeiter! Schaffen wir Arbeit und menschenwürdige Lebensverhältnisse für die Bewohner von Montelepre, Castelvetrano, Borghetto und all die anderen berückichtigten Ortschaften, wo das Banditentum sich eingenistet und von wo aus es eine Terrorherrschaft über ganz Sizilien ausgebreitet hatte. Es wäre eine Aufgabe, die sich wohl rentieren und die es verhindern würde, daß nach fünf oder zehn Jahren ein neues Corps zur Bekämpfung des Banditentums in Sizilien aufgestellt werden müßte.“

Dieses Rezept aus dem Munde eines Polizeioffiziers läßt sich hören, es würde auch in Korea, Indochina, Griechenland und nicht zuletzt bei uns Wunder wirken und verhindern, daß einer Maffia Anhänger zulaufen und ein Mörder aus ihrer Mitte Heldenverehrung genießt.

Ausdehnung des Bauarbeiterstreiks droht

Reparatur von Wohnungen vorgeschlagen

dmt. Bonn, 31. August

In Nordhorn beschlossen 1500 Bauarbeiter zu streiken, sie wollen in die Ortsklasse 2 eingestuft werden. In Kassel findet am Donnerstag eine große Kundgebung der Bauarbeiter statt. Eine Betriebsräteversammlung beschloß, keine Ueberstunden mehr zu leisten und die Arbeitsleistung dem Reallohn anzupassen. Am Freitag wollen die Hamburger Bauarbeiter streiken. Auch die Pfalz will sich anschließen. In Schles-

wig-Holstein ist ein Streik bereits beschlossen, jedoch kein genauer Termin genannt. In Niedersachsen sind alle Bauarbeiter gekündigt. Man rechnet am 1. September in ganz Niedersachsen mit einem Streik. Im Regierungsbezirk Aachen steht ein Streik bevor, wenn die Lohnverhandlungen scheitern. In Frankfurt ruht weiterhin die Arbeit.

In Hessen hat sich der Streikwiller erhöht. 117 Firmen haben inzwischen die Gewerkschaftsforderungen angenommen, wie die IG-Bau mitteilte. Die in Unternehmervereinigungen organisierten Firmen lehnen sie jedoch ab. Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der IG-Bau schlug vor, während des Streiks die Wohnungen minderbemittelter Volkskreise zu reparieren, die die von den Unternehmern geforderten Preise nicht zahlen könnten. Sie würden sicherlich arbeiten lassen, wenn sie nur den Stundenlohn bezahlen müßten.

England verlängert Dienstpflcht

dmt. London, 30. August

Als erste Maßnahme zur Verstärkung der englischen Kriegsbereitschaft verkündete die Regierung am Mittwochabend, daß die Dienstpflcht von achtzehn Monaten auf zwei Jahre verlängert wird. Ein entsprechendes Gesetz wird im Unterhaus in Kürze vorgelegt.

Gleichzeitig wurde der Sold der englischen Soldaten beträchtlich erhöht. Durch diese Verlängerung der Dienstpflcht, die für alle Soldaten gilt, die am 1. Oktober 1950 unter den Fahnen stehen oder zu diesem Termin einberufen werden, wird die Personalstärke der englischen Streitkräfte im nächsten halben Jahr um 77 000 Mann steigen.

Die Seite der Heimat

Halver, den 31. August 1950

Gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung

Bemerkenswerte Zahlen, von der Regierung herausgegeben, unterstreichen die vorbildliche, vorbeugende Tätigkeit der Gesundheitsbehörden im Reg.-Bezirk Arnsberg. So wurden 25453 Reihenuntersuchungen der Schulkinder vorgenommen. In 3027 Schulkinder-Sprechstunden wurde die Schuljugend betreut. 3882 Kinder wurden gegen Typhus, weitere 5521 gegen Diphtherie und Scharlach und 396 gegen Pocken Schutzgeimpft. Die Mütterberatungsstunden, an 471 Tagen durchgeführt, erfaßten 12348 Besucher, die wichtige Tbc-Fürsorge an 364 Tagen 15200. Reihendurchleuchtungen wurden 3203 vorgenommen. 1257 Besucher suchten an 30 Tagen die Krebsberatungen auf, während 7953 Besucher sonstigen ärztlichen Rat in Anspruch nahmen.

Halver

Jungvieh- und Nachzuchtsschau am Montag

Wie uns die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe in Lüdenscheld mitteilt, findet die Jungvieh- und Nachzuchtsschau auf der Karlshöhe bei Halver am kommenden Montag, dem 4. September um 8.30 Uhr statt. Der Besuch dieser Veranstaltung wird jedem Viehhalter empfohlen.

Eisenbahn überfährt zwei Rinder

In den Morgenstunden des Dienstags wurden in der Nähe des Eisenbahntunnels Schmidt-siepen zwei tragende Rinder erfaßt und getötet. Die Tiere waren in der Nacht von einer Weide ausgebrochen und waren auf den Bahnkörper geraten. Dem Eigentümer ist ein Schaden von etwa 1600 DM entstanden.

Parkender PKW gerammt

Am Montagmorgen parkte ein PKW auf dem hiesigen Feuerwehrplatz in der Nähe des Wagenschuppens. Von einem einfahrenden Fahrzeug der Feuerwehr wurde der parkende PKW gerammt und leicht beschädigt. Ermittlungen über die Schuldfrage sind eingeleitet.

Arbeitsaufnahme des Stenografen-Vereins

Der Stenografen-Verein nimmt, nachdem die Urlaubszeit beendet ist, am nächsten Mittwoch, dem 6. Sept. 1950 zur gewohnten Stunde für alle Abteilungen die Schulung und Fortbildung in Kurzschrift wieder auf. — Der Lehr-Arbeitsplan für den kommenden Zeitabschnitt zeigt zunächst die Zuendeführung des Anfängerlehrganges und ist ferner für den Fortgeschrittenen-Lehrgang, sowie vor allem für die Vereinsmitglieder auf das große Leistungsschreiben, das gelegentlich der Stenografentagung des Westdeutschen Stenografenverbandes am 14./15. Oktober 1950 in Wuppertal stattfindet, ausgerichtet. — Nach der bisherigen Vereinsarbeit zu urteilen und bei intensivem, regelmäßigem Training dürfte gute Aussicht bestehen, eine Reihe schöner Erfolge in Wuppertal erzielen zu können. — Möglichkeit zur Beteiligung am Verbands-Leistungsschreiben ist auch Nichtmitgliedern, bzw. älteren Stenografen, die den Mut haben, sich in der Öffentlichkeit wieder einmal einer Selbstprüfung zu unterziehen, gegeben. — Da der 100jährige Geburtstag von Ferdinand Schrey in seiner Geburtsstadt Elberfeld feierlich begangen wird, steht der diesjährige Verbandstag unter einem besonders freudigen Zeichen. — Entsprechend des Arbeitsplanes: „Wir üben für Wuppertal“ wird der Stenografenverein Halver am kommenden Mittwoch mit den Vorbereitungen beginnen.

Bergfeld

Mitgliederversammlung der Ortsvereinigung der Ostvertriebenen Halver

Der Vorstand der Ortsvereinigung ladet seine Mitglieder zu einer Versammlung am kommenden Sonntag, 3. 9., 15 Uhr, im Gasthof Wilhelmshöhe bei Bergfeld ein. Nach Erledigung der Tagesordnung soll ein frohes Beisammensein den Tag beschließen.

Sommerfahrten der Mittelschule Schalksmühle

72 Schüler und Schülerinnen der Mittelschule Schalksmühle lernten in diesem Sommer auf drei Großfahrten die Schönheiten unserer Heimat und der nördlichen Gebiete unseres Vaterlandes kennen. Die drei Fahrten, die von den Lehrern Jochen Dille und Hans Lienenkämpfer geführt wurden, wurden in großzügiger Weise von der Gemeinde Schalksmühle und dem Kreisjugendamt Altena finanziell unterstützt. Zu den Fahrten im Einzelnen:

Vom 13. bis 18. 7. 1950 standen 13 Zelte an der Lingesperre bereit, um 8 Jungen und 33 Mädchen der Klasse 3 aufzunehmen. Es war ein lustiges Leben und Treiben im Wald oberhalb der Sperre, nachdem die junge Schar angerückt war. Die Zeit war voll angefüllt mit Spielen, Singen, Baden, mit kleinen Wanderungen, mit Ordnunghalten und Abkochen. Als Verpflegungszentrum stand der Hof Dorn zur Verfügung, dessen Besitzerin, Frau Lina Woeste, eine ehemalige Schalksmühler Einwohnerin, uns alle mütterlich aufs beste betreute und uns in allem mit Rat und Tat zur Seite stand. Als am 15. 7. ein Wolkenbruch unser Zeltlager einweichte und unser Hab und Gut restlos durchnäßte, brachte sie uns in ihrer Scheune unter, wo wir warm und trocken aufgehoben waren und bald den Schrecken überwunden hatten. Die Verpflegung war reichlich und gut und schmeckte deshalb besonders gut, weil sie ungewöhnlicherweise von den Kindern selbst zubereitet wurde unter Anleitung der Lehrersfrau. Der Dank an Frau Woeste und ihre Leute wurde allabendlich abgetragen durch frohes Singen. Die kleinen Unannehmlichkeiten des Zeltlagers

bzw. des Uebernachtens im Stroh waren in der frohen Gemeinschaft und in der selbstverständlichen Unterordnung bald überwunden und als am 18. 7. die Zelte abgebrochen wurden und alles sich auf den Heimweg machte, waren einige unvergesslich schöne Tage vorbei, die allen Beteiligten in steter Erinnerung bleiben werden.

Zwei Lehrer und 17 Jungen von 10—17 Jahren starteten am 20. 7. mit vollbepacktem Rad und Schulwimpel zur Großfahrt nach Sylt. Auch hier wurden alle auftretenden Schwierigkeiten durch eine tadellose Gemeinschaft und Disziplin überwunden. Der erste 100-km-Tag bis Beckum wurde bei bestem Wetter geschafft, die zweiten 100 km bei noch mehr Sonnenschein am zweiten Tag bis Minden ebenfalls, wo wir auf einer Weide an der Weser unsere Zelte aufschlugen und abkochten. Unser mit Motorrad ausgerüstetes Vorkommando hat in den ganzen drei Wochen uns immer feine Zeltplätze ausgesucht. Dann ging es zum Steinhuder Meer, wo uns Petrus so mit Regen eindeckte, daß alles, auch die Ersatzwäsche, naß war. Es war das einzige Mal, wo mancher von uns den Wunsch hatte, wieder umzukehren in die Bequemlichkeiten des Elternhauses. Doch es ging am fünften Tag mutig weiter, zunächst in Abänderung des Programms bis Nienburg und von dort in der Eisenbahn mit zweimaligem, beschwerlichem Umsteigen bis Buchholz, Kr. Harburg. In einer Riesenscheune konnten die durchweichten Sachen wieder getrocknet werden und ein reichhaltiges, in einer Wirtschaft gekochtes warmes Essen brachte alle wieder in Hochstimmung. So konnten wir freudig und erwartungsvoll am Vormit-

Die Tätigkeit des Schiedsmannes

Die Schiedsmänner tragen wesentlich zum inneren Frieden bei

Schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war es im ehemaligen Lande Preußen den im Streit lebenden Bürgern nicht leicht gemacht, eine Privatklaue zu erheben. Der Weg zum Richter war den Parteien bei gewissen Rechtsstreitigkeiten so lange verschlossen, bis durch ein von einem Schiedsmann ausgestelltes Zeugnis die Aussichtslosigkeit einer gütigen Einigung nachgewiesen wurde. Seit dieser Zeit hat die Sühnetätigkeit der Schiedsmänner einen ungeahnten Aufschwung erlebt. Auch die durch den Zusammenbruch des Reiches und die Besetzung Deutschlands bedingte umwälzende Aenderung der staatlichen Struktur hat nicht vermocht, diese segensreiche Entwicklung aufzuhalten. Das Schiedsmannsamt hat sich als ein wirkungsvolles Instrument des inneren Friedens erweisen und durch die Aussonderung von Bagatelstreitigkeiten wesentlich zur Entlastung der Gerichte beigetragen.

Den weitaus größten Teil der Schiedsmannstätigkeit machen die Sühneverhandlungen in Strafsachen aus. Hier aber ist die Tätigkeit des Schiedsmannes nur auf bestimmte Arten von strafbaren Handlungen beschränkt, von denen besonders die Beleidigung, aber auch die leichte Körperverletzung, und die Bedrohung praktisch am häufigsten auftreten. Bei all diesen Delikten ist der Verletzte gesetzlich gezwungen, den Schiedsmann anzurufen, bevor er Privatklaue erheben kann. In der Sühneverhandlung wird

der Schiedsmann versuchen, dem Verletzten eine Genußtunung für das ihm angetane Unrecht zu verschaffen. Gelingt ihm das, dann muß der Verletzte auf die Möglichkeit, die Bestrafung des Täters herbeizuführen, verzichten, denn auf Grund des zustandegekommenen Vergleiches wird die Stellung eines Strafantrages ausgeschlossen.

Die Tätigkeit des Schiedsmannes in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten spielt heutzutage nur noch eine untergeordnete Rolle und beschränkt sich auf Streitfälle des Vermögensrechts. Danach liegen alle Streitigkeiten des bürgerlichen Rechts, die den Familienstand oder die Personenrechte betreffen, außerhalb des Tätigkeitsfeldes eines Schiedsmannes. Kommt in der Sühneverhandlung ein Vergleich zustande, so kann aus diesem Vergleich, wie aus jedem gerichtlichen Urteil, die Zwangsvollstreckung betrieben werden. Oertlich zuständig ist sowohl in Strafsachen als auch in bürgerlichen Streitigkeiten in der Regel der Schiedsmann, in dessen Bezirk der Antragsgegner wohnt.

Im Amtsbezirk Halver sind mehrere Schiedsmänner tätig, die zum Teil auf eine längere Praxis zurückblicken können und die zu jeder Zeit bereit sind, die sich aus dem täglichen Leben ergebenden geringfügigen Streitigkeiten gütlich beizulegen, ohne daß den Parteien irgendwelche Unannehmlichkeiten durch die Inanspruchnahme der Gerichte entstehen.

Am Wochenende 75 Jahrfeier in Ehringhausen

Großes Jubiläumskonzert des MGv „Teutonia“ Ehringhausen unter Mitwirkung zahlreicher Nachbarvereine

Nur noch wenige Tage trennen uns von einem bedeutenden Ereignis im mittleren Volmetal. Der MGv „Teutonia“ Ehringhausen kann am kommenden Samstag seine 75jährige Jubelfeier in feierlicher Form begehen. Sorgfältig ist diese Feier von allen Sängern vorbereitet worden, denn die Teutonen wollen der Bürgerschaft von Oberbrügge und Ehringhausen einmal einen Rechenschaftsbericht über einen Zeitraum von 75 Jahren geben, zum anderen aber auch durch ein künstlerisch wertvolles Konzert zeigen, daß der deutsche Männergesang hier besonders gepflegt wird. Gewiß, es wäre sehr schön gewesen, wenn der beabsichtigte Gesangswettbewerb zustande gekommen wäre, aber dies Freundschaftssingen bietet einen vollen Ersatz, denn aus dem Festbuch, das für diese Feier her-

gestellt wurde, ist zu ersehen, daß sämtliche Nachbarvereine versuchen werden, durch wertvolle gesangliche Darbietungen die zahlreichen Besucher aus nah und fern zu erfreuen.

So wird man im ersten Teil des Konzertes von den Gesangsvereinen „Harmonia“ Schalksmühle, „Westfalia“ Ahelle, Oeckinghausen, Bollwerk, Oberbrügge und „Teutonia“ Ehringhausen Chöre von Sendt, Siegl, Ludwig und Schubert hören, während der zweite Teil vorwiegend dem Volkslied gewidmet ist. Die Festrede wird der Vorsitzende des Sängerkreises Altena-Lüdenscheld und Mitglied des Bundesvorstandes der Gesangsvereine, Erich Schumacher, Lüdenscheld, halten.

Der MGv „Teutonia“ wird also versuchen, durch diese große Jubelfeier ein machtvolles Bekenntnis für das deutsche Lied zu geben.



Der MGv „Teutonia“ Ehringhausen im Jubiläumsjahr vor dem Markandenkmal in Ehringhausen

Schalksmühle

Großes Schulsportfest

Am kommenden Sonnabend, dem 2. September findet auf dem Jahnplatz in Schalksmühle ein großes Schulsportfest statt, das von den Schalksmühler Schulen zusammen mit den Volksschulen von Dahlebrück und Linscheid bestritten wird. Alle Jungen und Mädchen, etwa 550, beteiligen sich am Vormittag an einem Dreikampf und am Nachmittag wird dann ab 14.30 Uhr ein kleines Programm aus dem Schulbetrieb geboten, dessen Hauptpunkt ein Handballspiel ist zwischen einer Mannschaft der Mittelschule und einer gemischten der Volksschulen Dahlebrück/Schalksmühle. Eltern, Erzieher und die ganze Bevölkerung von Schalksmühle wird hiermit auf diese schöne Veranstaltung aufmerksam gemacht. Zugleich bildet das Schulsportfest auch einen schönen Auftakt zu dem am anderen Sonntag, dem 3. September, stattfindenden Stiftungsfest des Schalksmühler Turnvereins.

Die Vereinigung der Ostvertriebenen der Gemeinde Hülsefeld

hält ihre nächste Monatsversammlung am Sonnabend, dem 2. September, 20 Uhr auf Kühlenhagen ab. Der Vorstand erwartet zahlreichen Besuch, besonders von den Ostvertriebenen, die an den bisherigen Versammlungen in Dahlebrück wegen der weiteren Entfernung nicht teilnehmen konnten.

Aus der DAG

Zu einer wichtigen Mitgliederversammlung ruft die Ortsgruppe Schalksmühle innerhalb der Deutschen Angestelltengewerkschaft auf und zwar für Mittwoch, dem 13. September, 20.30 Uhr in die Gaststätte Ernst Piepenstock, Volmestraße. Bezirksleiter Maubach aus Dortmund wird zu einem ganz aktuellen Thema unter dem Titel „Mitbestimmungsrecht — ein Modeschlagwort“ Stellung nehmen. Da die Durchführung des Mitbestimmungsrechtes in Betrieb und Wirtschaft von der Aktivität und Fähigkeit der Angestellten abhängt, dürfte gerade dieses Thema jedem Angestellten etwas zu sagen haben.

Stiftungsfest des Turnvereins

Der Schalksmühler Turnverein begeht am kommenden Sonntag sein diesjähriges Stiftungsfest in alter Form. Zunächst finden am Sonntagmorgen Wettkämpfe der Turner, Turnerinnen und Jugend statt. Folgende Wettkämpfe sind vorgesehen: Männer Fünfkampf: 100 m, Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Schleuderball. Jugend und Turnerinnen Dreikampf: 100 bzw. 75-m-Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen.

Der Nachmittag wird eingeleitet durch einen Festzug, der um 14.00 Uhr ab Vereinslokal Hotel Husser unter Vorantritt der Klüppelmusik zum Jahnplatz führt, wo ab 15.00 Uhr ein bunter Rasen beginnt. Alle Abteilungen werden aus ihrer Arbeit Ausschnitte bieten, u. a. werden auch ein Prellball- und Faustballspiel gezeigt. Einige Sondervorführungen werden überleiten zu den allgemeinen Freübungen, die alle aktiven Vereinsmitglieder mitmachen. Den Abschluß des Festes auf dem Jahnplatz bildet das Handballspiel der Ortsgegner Schalksmühle gegen Dahlebrück. Hier werden beide Mannschaften den letzten Probegalopp für die am nächsten Sonntag beginnende Serie nehmen. Am Abend trifft sich die gesamte Turnerfamilie um 20.00 Uhr in der Turnhalle zu einem fröhlichen Beisammensein.

68jähriger Unhold festgenommen

Wegen fortgesetzten unzüchtigen Handlungen wurde ein 68jähriger Mann festgenommen und eingeliefert. Dieser hat seit längerer Zeit sich an seinen Enkelkindern in unsittlicher Weise vergangen und sich den Kindern auch mehrfach in schamverletzender Weise gezeigt. Der Festgenommene wurde dem zuständigen Amtsgericht zugeführt.

Kierspe

Die Volkshochschule

hatte ihre Freunde und Gönner ins Hotel Bastian geladen, um die Vorbereitungen für die kommende Arbeit zu besprechen. Zunächst gab

tag des sechsten Tages in Hamburg einfahren, wo wir, außerordentlich höflich von netten Polizisten geleitet, stolz an den Landungsbrücken vorfahren und den uns Binnenländern ungewohnt lebhaften Hafenbetrieb bestaunen. Mit dem Schiff ging es bald weiter elbawärts nach Glückstadt, wo wir in einer Scheune eine regnerische Nacht gut überstanden bzw. überschliefen. Die nächsten zwei Tage mit je 100 km Fahrtstrecke, die uns über Brunsbüttelkoog, Heide bis Husum und von dort über Bredstedt nach der Insel Sylt brachten, waren sehr anstrengend des Gegenwindes wegen. Aber wir schafften es.

Sylt war nun das größte Erlebnis der Fahrt für alle. Die Unterkunft in einem Jugendzeltlager des Jugendringes Südtordern in Mövenberg auf der Nordspitze der Insel, die ausgezeichnete Verpflegung, wo die Jungen Großes leisteten, das Baden in der Nordsee mit ihrem Wellengang, das Sonnen in den herrlichen Sanddünen, ein großer Sportplatz am Lager und ein großes Hallenbad in List, das uns allein zur Verfügung stand, — das alles war für uns etwas ganz Besonderes. Das Wetter war gut und so konnten wir alle gut erholt mit frischen Kräften die Heimfahrt antreten.

Am 4. August, früh 1/3 Uhr, brachen wir auf, durchfuhren die 40 km lange Insel und bestiegen in Hörnum das Schiff, das uns auf der Nordsee bis Cuxhaven brachte. Wie stolz waren alle, daß keiner seekrank geworden war. Es ging dann weiter über Bremerhaven — Bremen zum Dümmer See, wo wir bei schönem Badewetter zwei Rasttage einlegten. Riesige Mengen Stare, die in diesem Naturschutzgebiet ihre Heimat haben, beschnatterten unser Kommen. Das konnte uns nicht stören, wir kochten wacker

unsere Griespudding mit Rosinen. Auch die Anstrengungen der letzten zwei Tage (wieder je 100 km) konnten uns nichts anhaben. Wir waren sie nun schon gewöhnt und landeten drum nach der Fahrt über Osnabrück, Münster, Unna, Hagen gesund und munter in Schalksmühle.

Mit 14 Mädchen hatten wir uns vom 21. 8. bis 27. 8. in der schönen Jugendherberge Hohenlimburg einquartiert, um von dort aus zu wandern. Die Hohensyburg, die Dechenhöhle, das Nahmeral, die Stadt Hohenlimburg selbst mit dem alten Schloß und dem Heimatmuseum, das waren unsere Ziele. Zwischendurch war der Tag ausgefüllt mit Spielen und Heimabenden, die der unverwundliche Herbergsvater uns bot. Sie begeisterten alle, die kleinen 10jährigen ebenso wie die 16jährigen Mädchen und viel Spaß und Freude herrschte in unserer kleinen Runde. Auch das Ordnunghalten in den uns zur Verfügung gestellten Räumen, das Tischdecken und Spülen war bald gelernt und wurde zuletzt spielend geschafft. Nur zu schnell verging die Woche, die uns allen viel Neues und Schönes gebracht hat.

Die drei Fahrten liegen hinter uns und mit frischer Kraft können wir an unsere Arbeit in der Schule gehen. Sie haben uns allen viel Schönes und Wertvolles gegeben. Nicht nur das Kennenlernen der Heimat und des weiteren Vaterlandes, sondern auch vor allem das Erlebnis in der Gemeinschaft gaben sie uns. Die Anstrengungen und Unbequemlichkeiten unterwegs aber waren gar nicht so schlimm, der äußerliche Frohsinn und die innerliche Freude an der guten Kameradschaft machten sie leicht. So haben wir vieles in diesem Sommer mitbekommen, was uns allen in späteren Zeiten eine schöne, bleibende Erinnerung sein wird.

Unsere letzte Funkmeldung:

Anhaltender Druck auf Pohang

dmt. Tokio, 31. August, 9.20 Uhr

Am Donnerstagfrüh hielt der Druck der Nordkoreaner auf die Verteidigungsstellungen der UNO-Truppen bei Pohang an. Die Südkoreaner wurden um etwa eineinhalb Kilometer zurückgedrängt, so daß die Front jetzt drei bis vier Kilometer nördlich der Stadt verläuft.

Amerikanische Jäger und leichte Bomber sowie Kriegsschiffe griffen in die Kämpfe um Pohang ein. Die UNO-Luftstreitkräfte flogen am Mittwoch 459 Einsätze. An den übrigen Fronten herrschte Ruhe.

Bis zum 28. August befanden sich 1577 Kriegsgefangene in den von der UNO eingerichteten Lagern in Südkorea. Unter ihnen befinden sich drei Frauen, die als Krankenschwestern eingesetzt worden sind. Zum ersten Mal haben die Nordkoreaner in den letzten Tagen dem internationalen Roten Kreuz eine namentliche Liste von 50 amerikanischen Kriegsgefangenen übersandt.

Jebb löst Malik ab

dmt. New York, 31. August

Der britische Delegierte im Sicherheitsrat, Jebb, der im September Nachfolger Maliks als Ratsvorsitzender sein wird, hat beschlossen, den Rat schon zum Freitag einzuberufen, nachdem er Donnerstagabend zum letzten Mal unter Malik tagt. Man glaubt, daß Jebb mit aller Energie versuchen wird, in der Frage des Korea-Konfliktes die Einleitung eines südkoreanischen Vertreters durchzusetzen. Nachdem unter Malik der Sicherheitsrat ergebnislose Verfahrensdebatten geführt hat, glaubt man, daß Malik im September wieder eifrig sein Vetorecht handhaben wird.

Zu dem üblichen Abschiedessen, zu dem die den Vorsitz abgebenden Delegierten ihre Kollegen einzuladen pflegen, hatte Malik den chinesischen Delegierten nicht ins Waldorf-Astoria gebeten. Es gab keine Gelegenheit zu einer ernsthaften Fühlungnahme mit dem sowjetischen Delegierten.

„Ausweichquartiere“

dmt. Washington, 31. August

Rund 140 Millionen Dollar (etwa 800 Millionen DM) forderte Präsident Truman vom Kongreß für die Errichtung von vier Ausweichquartieren der Regierung, „im Falle eines Notstandes“. Die Ausweichquartiere sollen von Washington aus in einer Tagesreise erreicht werden können.

Eisenbahnverkehr beendet

dpa. Ottawa, 31. August

Der Eisenbahnverkehr wird am Donnerstag in Kanada wieder aufgenommen werden, nachdem die Eisenbahngesellschaften ihren Mitgliedern Anweisungen gegeben haben, die Arbeit auf Grund des vom kanadischen Parlament beschlossenen Sondergesetzes wieder aufzunehmen.

Sowjetisches U-Boot taperte Flüchtlingsschiff

dmt. Stockholm, 31. August

Das Geheimnis des Flüchtlingsbootes „Billy“, das seit zwei Jahren mit 40 baltischen Flüchtlingen an Bord vermisst wird, wurde durch einen Schmugglerbrief aus der Sowjetunion aufgeklärt. Das Schiff war im Dezember 1948 aus einem schwedischen Hafen ausgelaufen und war auf der Fahrt nach Südafrika verschwunden.

Aus dem Schmugglerbrief geht hervor, daß das Schiff am 18. Dezember 1948 vor der englischen Küste von einem sowjetischen U-Boot angehalten wurde. Die Besatzung mußte auf einen durch Funkpruch herbeigerufenen sowjetischen Frachtdampfer umsteigen und wurde nach Reval gebracht. Die Frauen der Flüchtlinge blieben in Estland, die Männer wurden nach Sibirien deportiert.

Jugoslawisches Wachboot gesunken

dpa. Triest, 30. August

Der amerikanische Frachter „Lykes“ hatte vor der Küste Istriens in Höhe der jugoslawischen Dreimeilen-Zone einen Zusammenstoß mit einem jugoslawischen Wachboot. Das jugoslawische Fahrzeug sank sofort. Neun jugoslawische Matrosen kamen ums Leben.

93 Fischer vermisst

dpa. Colombo, 30. August

93 Fischer, die vor der Westküste Ceylons am Montag in einen schweren Orkan geraten waren, wurden am Mittwochabend noch vermisst. Von den insgesamt 1500 Fischern, die mit einer Flotte von Auslegebooten in das Unwetter geraten waren, hatten sich die meisten retten können. Viele erreichten an Holzbalken geklammert die Küste.

Uranfund enttäuschend

r. London, 30. August

Der anfänglichen Begeisterung über die bei Dolgely in Nord-Wales entdeckten Uranvorkommen setzt der wissenschaftliche Mitarbeiter der „News Chronicle“ einen Dämpfer auf: Eine Ausbeute von 80 Gramm Uranium pro Tonne Erz würde in normalen Zeiten als unwirtschaftlich betrachtet. Ein „wirtschaftliches Vorkommen“ müsse mindestens 1 Prozent Metall enthalten, während der Dolgely-Fund nicht einmal ein Hundertstel davon aufweist. Zur Produktion von einer Million Tonnen Uraniummetall, von denen die Presse gesprochen hatte, wäre die Bewegung von 12.500.000.000 Tonnen Gestein notwendig, fünfzigmal mehr als im ganzen britischen Kohlenbergbau im Jahr bewegt wird. Dabei ist Uraniummetall noch nicht einmal das Endprodukt, sondern Uranium 235, von dem bei den neuen Vorkommen nur ein Gramm in 2 Tonnen Erz enthalten ist.

Storch verhandelt über die Streiffrage

„Vor unabsehbaren Auswirkungen“ auf das Preisgefüge

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 30. August

Für Freitag erwartet man in Bonn Verhandlungen zwischen Bundesarbeitsminister Storch und den Vertretern von Bauindustrie und Bauhandwerk über die Streikfrage. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon in Kürze eine Schlichtungsstelle errichtet wird, die den Konflikt beiseiten soll, bevor im ganzen Bundesgebiet ein Streik der Bauarbeiter ausbricht. Von der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie wurde in diesem Zusammenhang die Auffassung geäußert, mit einem allgemeinen Streik von langer Dauer sei schon deswegen nicht zu rechnen, weil kaum mehr als 40 Prozent der Arbeiter den Gewerkschaften angehören. Die Vereinigung betont, die örtlichen Sekretariate der Gewerkschaften seien vielfach — zum Beispiel in den Großstädten in Nordrhein-Westfalen — mit Kommunisten besetzt.

Demgegenüber betont die Industriegewerkschaft Bau in Nordrhein-Westfalen erneut den rein lohnpolitischen Charakter der Streikbewegung, bei der parteipolitische Momente keine Rolle spielen.

Eine sehr scharfe Erklärung gab das Bundeswirtschaftsministerium zu dem „von verantwortungsloser Seite eingeleiteten“ Bauarbeiterstreik

heraus, durch den, wie betont wird, alle Bemühungen zur Stabilisierung der Preise über den Haufen geworfen würden. Böse Rückwirkungen seien unausbleiblich, wenn nicht die Arbeiter Disziplin bewährten und darauf verzichteten, ihre Interessen über die der Allgemeinheit zu stellen.

„Die Subventionen zur Verbilligung des Brotes sind sinnlos, wenn man auf der anderen Seite versucht, das Preisgefüge durch Lohnsteigerungen zu erschüttern“, so heißt es. Wenn sich die Bundesregierung trotz ihrer schlechten Finanzen entschlossen habe, für die Fortzahlung der Subventionen weitere 200 Millionen DM zu bewilligen, so sei dies in der Erwartung geschehen, daß hiermit das Preisgefüge auf längere Zeit gesichert wird.

Noch schärfer sind die Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten der CDU, die von einem unzulässigen Terror gegen die Arbeitswilligen sprechen. Dies seien kommunistische Methoden, und man sei versucht zu glauben, daß dieser Streik der erste sichtbare Erfolg der Kommunisten in der Bundesrepublik sei.

Wirtschaftssachverständige haben berechnet, daß eine Erhöhung des Bauarbeiterlohns um 20 Pfennige pro Stunde die Baupreise um sieben Prozent in die Höhe treiben würde.

Bank deutscher Länder warnt...

„Durchschnittlicher Wochenverdienst um 44 Prozent höher als 1948“

vwd. Frankfurt, 30. August

Zu den Bestrebungen der Arbeitnehmerschaft nach Erhöhung der Löhne, betont die Bank Deutscher Länder, eine stärkere Lohnsteigerung würde verhindern, daß sich die Fortschritte in der Rationalisierung in Zukunft weiterhin in einer Preissenkung auswirken. Lohnsteigerungen, die zugleich mit einer Preiserhöhung für Rohstoffe erfolgten, könnten allgemein die Preise zum Steigen bringen. Eine solche Entwicklung, so betont die Bank, sei schon wegen der Notwendigkeit des Exports nicht ungefährlich, da die Bundesrepublik den Vorrang anderer Länder auf dem Weltmarkt nur einholen könne, wenn sie nicht nur verhältnismäßig prompt, sondern auch zumindest ebenso billig wie die anderen, besser mit Kapital ausgestatteten Länder liefere. Im Interesse des Exports dürfe daher der Arbeitnehmerschaft durch die Preisentwicklung kein Anlaß gegeben werden, mit abrupten Lohnforderungen die bisherige Linie einer stetigen Erhöhung des Lohnniveaus zu verlassen.

Die BDL weist darauf hin, daß Ende März 1950 der durchschnittliche Stundenverdienst um rund 25 Prozent, der durchschnittliche Wochenverdienst um 44 Prozent höher war als im Juni 1948. Der Lebenshaltungsindex ging dagegen um 6 Prozent zurück, so daß sich die hieraus berechnete Realkaufkraft der durchschnittlichen Wochenverdienste von Mitte 1948 bis März 1950

um etwa 50 Prozent erhöhte. Diese Zunahme der realen Kaufkraft hat sich nach Angabe der BDL noch bis Juli dieses Jahres fortgesetzt.

Andererseits liegt die Produktivität der Arbeit nach den Ausführungen der Bank im großen Durchschnitt noch um 15 Prozent unter dem Stand von 1936, obwohl ihre Erhöhung seit dem vergangenen Herbst im allgemeinen stärker als die der Wochenverdienste war. Deshalb gelte es vor allem, den Preissteigerungen möglichst entgegen zu wirken. Den öffentlichen Finanzen stelle sich hierbei die schwierige Aufgabe, die öffentlichen Ausgaben in der nächsten Zeit möglichst gering zu halten, um die Defizite wieder abzubauen zu können, die Bund und Länder in den letzten Monaten ausgewiesen hätten. Die BDL hält ferner die Vermeidung ökonomisch nicht gerechtfertigter Lohnerhöhungen für erforderlich und wünscht die Beibehaltung der bisherigen Lohnpolitik. Auch die spekulative Ausnutzung der Auftriebstendenzen müsse verhindert werden, weshalb Hortungskredite verweigert werden sollen. Ein entsprechendes Ersuchen des Zentralbanksystems an die Geldinstitute sei bereits ergangen.

Schließlich fordert die BDL, dem Export eine Vorzugsstellung einzuräumen. Die in den letzten Wochen eingetretene Verschlechterung in der Handels- und Zahlungsbilanz zeigten die Notwendigkeit einer Steigerung des Exports.

Europarat der Empfänger

wf. Straßburg, 30. August

Die letzten Tage vor der Straßburger „Schluß-Apotheose“ brachten den Delegierten ein besonders umfangreiches Arbeitspensum. Die in unendlichen Kommissions-Sitzungen ausgearbeiteten Entwürfe für Empfehlungen an das Ministerkomitee waren zu diskutieren und zu verabschieden.

Uferlose Diskussionen, mitunter um absolute Nichtigkeiten, verzögerten das Arbeitstempo. „Wir streiten uns um Punkte und Kommata, Zusatzanträge und Streichungen, Auslegungen und Zuständigkeiten, und kommen zu keinerlei — von uns erwarteten — praktischen Ergebnissen“, beklagte sich gegenüber Journalisten der bekannte französische Delegierte Maurice Schuman. Mehr als einmal geschah es, daß im Plenum eine Vorlage verabschiedet werden sollte und nur ein Bruchteil der Delegierten anwesend war. Auf mehrfaches Klingeln des Präsidenten erschienen dann schließlich so viel, wie zur Abstimmung erforderlich, aus Wendelgängen, Konferenzräumen, Kommissions-Sitzungen oder den Erörterungsräumen. Wenn in einzelnen Fällen auch triftige und stichhaltige Gründe für die zeitweise Abwesenheit von Delegierten vorlagen, so war doch durch die Möglichkeit der Stellung von Vertretern Gelegenheit gegeben, die Versammlung stets beschlußfähig zu halten. Wenn hiervon nicht immer in genügendem Maße Gebrauch gemacht wurde, selbst da, wo weitreichende Entscheidungen zu treffen waren, so fällt es schwer, eine Entschuldigung zu finden.

Prägte man vor fast anderthalb Jahrhunderten in Wien das Wort „Der Konkreß tanzt“, so fühlt man sich versucht, in Straßburg zu sagen: „Der

So kurz wie möglich

Dibelius beglückwünscht Kardinal Freysing. Der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Dibelius, hat dem katholischen Bischof von Berlin, Kardinal Graf von Freysing, zu seinem 70. Geburtstag am Mittwoch ein Telegramm übermittelt, in dem er zum Ausdruck bringt, daß er seiner „in herzlicher Fürbitte um Gottes Kraft und Segen“ gedenke.

Sowjetzone rechnet mit guter Zucker-ernte. Mit einer überdurchschnittlichen Zucker-ernte wird in der Sowjetzone gerechnet. Die ersten Probeentnahmen im Betrieb der Deutschen Saat- und Zuchtgesellschaft Kleinwanzleben ergaben einen Durchschnittsgewicht der Zuckerrübe von 233 Gramm gegenüber 129 Gramm im Jahre 1949.

Fristverlängerung für Interzonen-Omnibus beantragt. Das Bundesverkehrsministerium hat bei den Verkehrsbehörden der Sowjetzonenrepublik für den Interzonen-Omnibusverkehr Berlin-München eine Fristverlängerung bis Ende September beantragt. Von den Sowjetbehörden war die Einstellung dieser Linie zum 1. September angeordnet worden, weil die Interzonen-Eisenbahnzüge nur zu 30 bis 40 Prozent ausgelastet seien.

Kommunistische Drohungen gegen Graziani. Die kommunistische Presse Italiens protestiert heftig gegen die Freilassung Marschall Graziani. Eines der Blätter griff auch die Gattin des Marschalls heftig an, so daß Graziani eine Beleidigungsklage angestrengt hat. In mehreren Städten von Italien kam es zu Proteststreiks und zu der Absendung von Protesttelegrammen, an Staatspräsident Einaudi.

Moskau verweigert den Aufenthalt. Die Moskauer Behörden haben dem bisherigen Geistlichen der einzigen römisch-katholischen Kirche Moskaus, dem Franzosen Jean Thoma, die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert. Er wird nach zweijähriger Tätigkeit Moskau verlassen.

Argentinische Absage an die Sowjetunion. Das argentinische Außenministerium veröffentlicht eine Note an die Sowjetunion, in der der sowjetische Anspruch auf Teilnahme an allen Verhandlungen über antarktische Gebiete als „unannehmbar“ bezeichnet wird. Die Sowjetunion hatte am 6. Juni in Noten an die USA, Großbritannien, Frankreich, Norwegen, Argentinien, Australien und New Seeland ihre Teilnahme an allen Verhandlungen über umstrittene antarktische Gebiete gefordert und erklärt, sie werde keine Vereinbarungen anerkennen, an denen sie nicht beteiligt sei.

Stahl-treuhänder — alliierte Angestellte

Von unserem Mitarbeiter

ge. Düsseldorf, 30. August

Führende Industrielle des Ruhrgebietes befürchten, daß das alliierte Gesetz über die Auflösung des IG-Farben-Konzerns Folgen für die Schwerindustrie haben könnte. Vor allem wird vermutet, daß die alliierten Kontrollgruppen für Kohle und Stahl das Ruhrgebiet mit ähnlichen Maßnahmen überraschen, wie es mit der IG geschehen ist.

Nach dem deutschen Standpunkt hätte die Neuordnung des Kohlenbergbaues und der Eisenindustrie der Bundesregierung übertragen werden müssen. Die deutsche Wirtschaft sieht es als unerträglich an, daß die deutschen Stahl-treuhänder, die mit der Neuordnung der Stahlindustrie beauftragt sind, immer noch praktisch alliierte Angestellte sind und das in einem Zeitpunkt, da von der Ruhrindustrie verstärkte Leistungen erwartet werden.

Türkische Regierung bekämpft Kommunisten

Gesetzesentwurf zum Schutz der Demokratie

cc. Istanbul, 30. August

Nachdem es sich herausgestellt hat, daß die wenigen Kommunisten in der Türkei vermehrt hatten, durch ihre Presse ein starkes Für und Wider im Hinblick auf die Entsendung von Truppen nach Korea zu entfesseln, und nachdem einige wegen kommunistischer Propaganda Verurteilte nach der Amnestie sogleich wieder mit ihrer Propaganda begannen, hat besonders die Jugend strengste Maßnahmen von der Regierung gefordert und dies durch Demonstrationen in zahlreichen Städten zum Ausdruck gebracht.

In Ankara wurde durch die Regierung eine Kommission zum Kampf gegen den Kommunismus eingesetzt, die einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet hat, demzufolge die Strafen für kommunistische aktive Betätigung wesentlich heraufgesetzt werden sollen. Vor allem arbeitet die Kommission ein Gesetz „zum Schutze der Demokratie“ aus, in dem eine Bestimmung aufgenommen ist, wonach alle Kommunisten in der Türkei der Staatsbürgerschaft verlustig gehen und in jene Länder ausgewiesen werden sollen, deren Regime sie durch ihre Anschauung propagandieren.

Der türkische Erziehungsminister hat auf Grund von Untersuchungen innerhalb der türkischen Lehrerschaft erklärt, daß alle Lehrkräfte, die sich kommunistisch betätigen oder als Kommunisten erweisen, sofort — zum Schutze der türkischen Kinder vor „Verfälschung ihrer reinen Seelen“ — ihres Amtes entbunden und den Gerichten überwiesen werden. Einige Fälle dieser Art sind in den letzten Tagen bereits bekannt geworden.

Europarat empfängt. Praktisch „empfind“ jede Delegation (mit Ausnahme der deutschen) die verschiedenen Parteien, und die einzelnen Persönlichkeiten wollten natürlich darin nicht nachstehen.

Achtung Hausfrauen!

von Halver u. Umgebung.
Auf dem Wochenmarkt
sind bei Gottfried Lind
die Wurstwaren billiger
Hessische-, Holsteinsche-, West-
Wurstwaren.

Landwirtschaft- licher Arbeiter

somit oder später gesucht
Guter Lohn u. Familienanschluß
Wilhelm Abel, Schultenhedfeld

Zirkulin
Knoblauch-Perlen
regulieren
Verdauungsstörungen

Anmeldungen zur Fahrt

„Winzerfest nach Ahrweiler“

beim
Volme-Express Oberbrügge
Ruf Amt Halver 398
Bergstadt-Reisebüro Lüdenscheid

Rosenthal-Kaffeefilterkanne „AROMA“

zur vollkommenen Kaffe Zubereitung. Die Kaffeemaschine
für jedermann, in verschiedenen Größen vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.

15 Millionen Dollar für Jugoslawien. Die Vereinigten Staaten werden Jugoslawien eine weitere Anleihe von 15 Millionen Dollar gewähren. Jugoslawien hat bereits 40 Millionen Dollar erhalten.